

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922**

205 (4.9.1922)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.  
Zugangspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk  
monatlich 60 Pf., Wohnbezug monatlich 60 Pf., 50 Pf., Einzelnummer  
und Belegblatt 3 Pf.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Düps, Durlach, Mittelstraße 6  
Fernsprecher 204.



Preis für die kleingespaltene Millimeterzeile 1 Pf., Reklamemilli-  
meterzeile 4 Pf., Schluss der Anzeigenannahme tags zuvor nach  
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag  
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für  
Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-  
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Beziffer keine  
Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 205

Montag den 4. September 1922.

93. Jahrgang.

## Tagespiegel.

Wie die neuesten Meldungen bezeugen, sollen die deutsch-belgischen Verhandlungen am kommenden Dienstag ihren Anfang nehmen. Es werden aber bereits am Montag mit den belgischen Vertretern Telaarzig und Bemelmans Vorbesprechungen gepflogen werden.

Deutschland hat erneut Einspruch erhoben gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde eine Verordnung zur Einschränkung der öffentlichen Brotversorgung ausgearbeitet.

Das preussische Staatsministerium plant einschneidende Maßnahmen zum Kampf gegen die Teuerung. Der französische Ministerrat behält sich freie Hand vor bis zur Inkraftsetzung der vom Entwurfsausschuss vorgezeichneten Bedingungen.

## Das abgelehnte Stundungsgesuch.

Die Reparationskommission hat das deutsche Stundungsgesuch abgelehnt. Sie umschreibt zwar diese Ablehnung durch die Ankündigung, daß die Beschlußfassung über das eingereichte Gesuch bis zu einem Zeitpunkt „verschoben“ werden soll, wo die Reparationskommission einen durchgreifenden Reformentwurf für die Finanzen Deutschlands fertiggestellt haben wird. Und sie erklärt sich bereit, um Zeit für die Ausarbeitung dieses Reformplanes zu gewinnen, anstelle der vom 15. August bis zum 15. Dezember fälligen vier Barzahlungsraten deutsche Schatzbonds anzunehmen, die binnen 6 Monaten in Gold zahlbar und mit Garantien versehen sein sollen, über die Deutschland mit Belgien zu verhandeln haben wird. Wir sehen aber in dieser aus Verlegenheiten innerhalb der Entente geborenen Lösung eben doch nur eine Umschreibung der Ablehnung des deutschen Moratoriumsgesuches. Denn wer kann uns heute sagen, daß wir eine „Finanzreform“, die ausgerechnet der Reparationsausschuss — wir nennen ihn wohl richtiger den Ausleihungsausschuss — für Deutschland gefaltet soll, überhaupt jemals annehmen können, ohne uns vollständig dem feindlichen Kapital auszuliefern? Und wer kennt die Garantien, die Belgien für Schatzbonds von einem Deutschland fordern wird, das die Reparationskommission selbst in ihrem gestrigen Bescheid als ein Reich bezeichnet, „das sowohl jeden inneren wie äußeren Kredit verloren hat“? Die Reparationskommission deutet selbst an, Deutschland werde die Schatzbonds eventuell durch ein Golddepot in einer ausländischen Bank sichern müssen. Von unserer letzten Goldreserve bürden wir aber selbstverständlich nichts hergeben. Das wurde deutscherseits erst vor wenigen Tagen betont und bei dieser Weigerung müssen wir auch bleiben. Die Reichsbank ist ein autonomes Institut, wie es die Entente ja selbst wollte, und wird als solches sich gewiß außerstande erklären, aus ihrem Goldfonds Summen in einer ausländischen Bank als Sicherheit für Zahlungen zu deponieren, von denen das bankrotte Deutschland anerkannt hat, daß es sie nicht leisten könne! Die Zumutung ist, wie wir schon hervorhoben, um so ungeheurer, als die Reparationskommission jetzt endlich selbst die völlige Kreditunfähigkeit Deutschlands öffentlich bekräftigt.

Vom Standpunkt der Finanzwirtschaft ist es ganz unendlich, einer solchen Verlängerung der Reparationskrisis das Wort zu reden. Wäre die Reparationskommission das, was sie sein sollte, ein unparteiischer höchster Appellhof in dem durch den Versailler Vertrag heraufbeschworbenen Konkursverfahren, so würde sie natürlich nie die Verantwortung für ein solches unglaublich leichtfertiges, ja gewissenloses Gebaren auf sich nehmen können, wie es aus der hier vorgeschlagenen Verkleinerung einer offenen Wunde spricht. Nur um klaren Feststellungen und Entscheidungen und Entscheidungen aus dem Wege zu gehen, wird die allgemeine Unsicherheit verlängert und Deutschland weiter auf die Folter gebracht. Wir müssen uns nunmehr, daß der englische Vertreter Bradbury, der allerdings bei der Abstimmung über das Moratoriumsgesuch als einziger dafür stimmte — Frankreich und Belgien stimmten dagegen, Italien enthielt sich der Abstimmung — schließlich diesem unverantwortlichen Kompromiß doch zugestimmt hat. Denn aus Dubois' Erläuterungen zu den Beschlüssen der Kommission erhellen wir, daß sie nach der Ablehnung des Bradbury'schen Vorschlags, ein bedingungsloses Moratorium wenigstens für das Jahr 1922 zu gewähren, ihren Bescheid einstimmig fasste.

Rein politisch betrachtet wäre es für Deutschland ebenso unheilvoll, der Pariser Entscheidung zuzustimmen, wie es wirtschaftlich verhängnisvoll wäre. Die Belastung des deutschen Volkes erhöhe durch ein Eingehen auf die Vorschläge der Reparationskommission nicht die geringste Erleichterung, die Verschuldung nähme infolge der Ausgabe von Schatzbonds unter Goldgarantie, die

Belgien sogar weiter distanzieren will, enorm zu und mit ihr die Verelendung der Massen, die allgemeine Unruhe und Verzweiflung. Wir haben in den letzten Monaten viel vom Schutze der Republik gehört und sogar Gesetze zu ihrem Schutze erlassen. Will man das deutsche Volk wirklich schützen, so gibt es auf die neuen Anträge, die von Paris kommen, nur eine christliche und wahrheitsgetreue Antwort. Sie lautet: unmöglich! (M. R.)

## Die Reparationsfrage.

Staatssekretär Schröders Berichterstattung.

Berlin, 2. Sept.

Wie wir hören, ist das Reichskabinett heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Bericht des aus Paris zurückgekehrten Staatssekretärs Schröder über den Gang der Verhandlungen in der Reparationskommission entgegenzunehmen, um über die Lage Bescheid zu lassen. Ob und wann der für heute nachmittags angekündigte Empfang der Parteiführer durch den Reichskanzler zwecks Besprechung der durch die Entscheidung der Reparationskommission geschaffenen Lage stattfinden wird, steht zur Stunde noch nicht fest.

Amerika will nicht absteigen lassen.

London, 2. Sept.

Wie Reuters aus Washington meldet, wurde im Weißen Haus erklärt, Amerikas Teilnahme an einer Erörterung des Wiederherstellungsproblems werde sich künftig als nicht verweiblich erweisen. Es wurde hinzugefügt, daß, wenn die Staatsmänner Europas bei der Erörterung der wirtschaftlichen Verbesserungen zu einem Punkte gelangen, wo der Vertreter der Vereinigten Staaten gebraucht werde, Amerika nicht absteigen lassen werde. Der Präsident, so heißt es, habe die Erneuerung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Ausland bis zu einem gewissen Grade günstig an und hoffe, daß ein Weg dahin gefunden werden könne.

Die Ansicht der Kriegslastenkommission.

Paris, 2. Sept.

Wie die „N. J. am Mittag“ aus Paris meldet, hat der Pariser Vertreter der Kriegslastenkommission, Dr. Mayer, der mit den Staatssekretären Schröder und Hücher als Sachwalter der deutschen Interessen vor der Entscheidung der Reparationskommission fungiert hat, einem Vertreter der Pariser Kabogentur seine Ansicht über die Pariser Entscheidung ausgedrückt. Darnach ist Dr. Mayer der Ansicht, daß diese Entscheidung vom Standpunkt der Alliierten sehr vernünftig ist, insofern sie ernsthafte Anstrengungen bewirkt, Einigkeit herbeizuführen. Vom deutschen Standpunkt sei die Tatsache hervorzuheben, daß die Reparationskommission Deutschlands augenblickliche Zahlungsunfähigkeit anerkannt hat und ihm daraufhin das Recht zuteilt, ein Moratorium zu verlangen. Daß dieses Moratorium trotzdem verweigert worden ist, werde in Deutschland einen peinlichen Eindruck machen. Jedoch werde alles weitere von den Garantien abhängen, die Belgien verlangen wird. Auf die Frage, ob die Reichsregierung der Reparationskommission antworten werde, meinte Dr. Mayer, es sei immerhin möglich, daß die Reichsregierung gegen die Ablehnung des Moratoriums protestieren werde. In der Entscheidung des achtzähligen Pariser Ministerrats bemängelte Dr. Mayer die Bemerkung: „Der Ministerrat glaubt, daß er seine Handlungsfreiheit bewahren muß, bis die vorgezeichneten Bedingungen in Kraft treten.“

## Poincaré über die interalliierten Kriegsschulden.

Paris, 2. Sept.

Der Text der von dem französischen Ministerpräsidenten getrennt dem englischen Botschafter in Paris überreichten Note, amvortlich der Note, die von Lord Balfour am 1. August der französischen Regierung in der Frage der interalliierten Kriegsschulden überreicht hat, ist folgender:

Eingang des Dokuments rekapituliert Poincaré die Anregungen, welche die englische Note in der Frage der interalliierten Schulden entwickelt hat und weist darauf hin, daß die französische Regierung wie die britische davon überzeugt ist, daß das Reparationsproblem nur eine endgültige Lösung erhalten könne, wenn es in irgend einer Weise mit der Frage der interalliierten Schulden verknüpft würde und betont, daß er den dringenden Wunsch hätte, daß diese Frage in einer bevorstehenden Konferenz aller alliierten Staaten gelöst werde. Im übrigen schließt sich dann die Note an den Ausgang der englischen Note an, in welcher Lord Balfour die französische Regierung auffordert, sich bereit zu halten, England in dem Maße zu zahlen, in welchem dieses gezwungen sein werde, seine Schulden an Amerika zu bezahlen. Hier setzt nun die Beweisführung Poincarés ein. Er erklärt, daß in keiner Weise die Frage der Kriegsschulden, welche die Alliierten unter sich abgeschlossen hätten, mit derjenigen der Reparationen verknüpft werden könne. Die interalliierten Schulden seien nicht zum Vorteil der einzelnen Staaten, sondern für die große Sache und zu einem großen Gesamtzweck abgeschlossen worden. Vom moralischen Standpunkt würde dies nach französischer Auffassung eine Unannehmlichkeit begründen. Jedenfalls müsse behauptet werden, daß diese Lasten der Schulden einen von den gewöhnlichen internationalen Anleihen verschiedenen Charakter geben. Die deutsche Reparationspflicht sei die notwendige Folge von freiwilligen und in der Mehrheit völlig unwilligen Zerstörungen. Sie sei die selbstverständliche Widerantwortung von Uebeln, die in den zerstörten Gebieten von der deutschen Herrschaftung den französischen und privaten Unternehmungen angefügt worden seien. Das Frankreich anbelangt, so habe es am meisten unter diesen Zerstörungen gelitten. Es habe sich in die Zwangslage versetzt gesehen, dadurch, daß Deutschland nicht bezahlte, selbst die Restauration seiner zerstörten Gebiete vorzunehmen. Das Defizit in seinem Budget rühre daher, daß die Regierung in diesem Punkte bereits sieben Milliarden vor-

geworfen habe, Frankreich könne also in keiner Weise irgend eine Regelung der Schulden vornehmen, die es während des Krieges abgeschlossen habe, ebenso der Ausgaben, die es für andere für sich gemacht habe und die es vielleicht für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete noch zu machen habe, so lange es nicht von Deutschland in irgend einer Weise genügend Zahlungen erhalten habe. Wenn aber Deutschland einmal seine Verpflichtungen eingehalten habe, dann würde die französische Regierung sich einer allgemeinen Regelung der interalliierten Schuldenfrage nicht widersetzen. Was im besonderen die Regelung der britischen Schulden anlangt, so müsse die französische Regierung noch einige Reserven machen. Es sei zu unterscheiden zwischen den Kriegsschulden, die Frankreich in Amerika und in England habe. Ein Teil der amerikanischen Schulden sei nach dem Waffenstillstand abgeschlossen worden, um die amerikanischen Staatsanleihen zu kaufen. Es handle sich hier um eine gewöhnliche kaufmännische Schuld. Für den Rest der amerikanischen Schulden gelte natürlich dasselbe, was für die anderen interalliierten Schulden gelte. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, ohne daß ihre Existenz direkt bedroht war. Dagegen sei England in den Krieg eingetreten, ebenso wie Frankreich nicht nur um seine Unabhängigkeit, sondern auch das Leben und den Besitz und die Existenz seiner Staatsangehörigen, sowie sein Leben als Nation zu verteidigen. Im übrigen verlangt Poincaré, daß die britischen Guthaben in Frankreich noch einer Revision unterzogen würden. Er weist darauf hin, daß alle Lieferungen, die für französische Intendanten an die englische Armee im Laufe des Krieges gemacht wurden, von diesen an inneren franz. Preisen abgetreten wurden, also zu denselben Preisen, wie die Lieferungen an die französische Armee; hingegen habe England alle Lieferungen, die es im Laufe des Krieges an die französische Armee machte, zu den ausländischen Preisen mit den üblichen Aufschlägen und Gewinnen berechnet. Poincaré verlangt also, daß diese Zahlungen einer eingehenden Revision unterzogen werden. Zum Schluss weist Poincaré darauf hin, daß die Regierung der französischen Republik in diesen Punkten einfach verlangt, so behandelt zu werden, wie sie seinerzeit die gemeinsamen Alliierten und ihre Schulden behandelt habe. Die französische Regierung verlange nun die Zahlung dieser Guthaben von seinen Alliierten nicht, denn sie legt sich Rechenschaft davon ab, daß eine derartige Forderung moralisch und materiell vorläufig unmöglich wäre und denkt nicht einmal daran, eine derartige Forderung aufzustellen.

In den Schlusssätzen betont dann das Dokument den persönlichen Geist, in dem zwar die französische Regierung das Problem der interalliierten Schulden zu diskutieren gedente, aber die französische Regierung müsse doch die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die Erwägungen lenken, die vorausgingen und daß unter dieser Referve die französische Regierung bereit sei, in eine allgemeine Regelung der Kriegsschuldenfrage einzutreten.

## Deutschland.

Berlin, 2. Sept. Die deutsche Regierung hat beim Völkerbund gegen die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet Einspruch erhoben. Die Zahl der französischen Truppen im Saarbecken betrage immer noch trotz einer gewissen Verringerung einige Tausend. Nach den Meldungen über Kasernenbauten im Saargebiet kann auf ein längeres Verbleiben der Truppen geschlossen werden. Wie die Note bemerkt, widerspricht dies dem Versailler Vertrag. Schließlich weist sie auf den Charakter des Saargebietes als Abstimmungsgebiet hin. Die deutsche Regierung mißt diesem Gesichtspunkte ausschlaggebende Bedeutung bei und glaubt, daß demgegenüber alle Einwendungen zurücktreten müssen. Der Charakter des Abstimmungsgebietes sei unvereinbar mit der Tatsache, daß dort Truppen einer Macht belassen werden, die an dem Ergebnis der Volksabstimmung interessiert ist. Die freie Willensäußerung der Bevölkerung und ihr endgültiges Schicksal, zu deren Sicherung gerade das für das Saargebiet vorgesehene Regime aufgestellt wurde, wäre in Frage gestellt, wenn einer der Staaten, die die Verantwortung auf das Saargebiet haben, noch länger mit der Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem Gebiet betraut würde. Nachdem von der bis zur Volksabstimmung festgesetzten Frist bereits mehr als ein Fünftel verstrichen ist, erscheint die Zurückziehung der französischen Truppen und die Ersetzung durch Gendarmen als eine der dringenden Aufgaben, die zur Ermöglichung einer freien Abstimmung erforderlich ist.

Berlin, 1. Sept. Im Rahmen des von der Reichsregierung unternommenen Schrittes zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage ist vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet. Die Renteneinfrierer aus der Invaliden- und Angefalltenversicherung erhalten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen als außerordentliche Notstandsmaßnahme. Für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von einer Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden, oder beide zusammen sollen dann aus eigenen Mitteln wenigstens ein Fünftel der aufzubringenden Beiträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Milderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner alsbald verwendbar sind. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Heraushebung der Höchstgrenzen für die Bemessung des Grundlohns vorgesehen. Außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsansätze und eintraer für die Berech-

nung der Leistungen maßgebenden Beiträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erweitert werden. Die Reichszuschüsse an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner sind von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde erhöht worden. Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. August 1922 ab neu geregelt wurden, sind durch Verordnung vom 11. August für den Monat September um durchschnittlich 66% Prozent erhöht. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der am 1. September zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber den Auszahlungsbeträgen insgesamt um rund 140 bis 200 Prozent erhöht sein werden. Die Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind bereits von 500 Millionen auf eine Milliarde Mark erhöht worden.

Berlin, 3. Sept. Die belgischen Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix und Bemelmans, werden am Montag abend nach Berlin abreisen, um mit der Regierung in der Garantiefrage zu verhandeln. Die Belgier hoffen, zu einem schnellen Abschluß der Verhandlungen zu gelangen und bereits am Dienstag nach Paris zurückkehren zu können. Die Brüsseler Regierung erteilte ihnen für ihre Verhandlungen alle Vollmachten. Der belgische Ministerpräsident hat Pressevertretern gegenüber geäußert, daß er großes Vertrauen dazu habe, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß gelangen werden. Die französische Regierung dagegen wolle sich das Recht vorbehalten, die Beschlüsse, die zwischen der deutschen und der belgischen Regierung in der Garantiefrage getroffen werden sollten, genau zu überwachen und gegebenenfalls gegen die Garantien Protest zu erheben. Infolgedessen wünsche Frankreich, daß Belgien von der deutschen Regierung solche Garantien erhalte, daß diese, falls die Gelder am Fälligkeitstermin nicht eingelöst wurden, sofort veräußert werden könnten.

Dem „Journal“ zufolge sehen die Belgier die Gelegenheit unter einem anderen Gesichtswinkel an. Sie erklären, daß der Beschluß der Reparationskommission ihnen alle Erleichterungen gäbe, die Zahlungen mit den Deutschen zu regeln, die bis Jahresabschluß erfolgen sollen. Die belgischen Vertreter wollen deshalb ihre Reise nach Berlin im Geiste der Versöhnung antreten.

Berlin, 2. Sept. Reichspräsident Ebert hat eine Verordnung erlassen, wonach gemäß seiner Verfügung vom 11. August 1922 für die Reichswehr das Deutschlandlied als Nationalhymne zu gelten hat.

Berlin, 2. Sept. Der preussische Minister des Innern hat, wie die L.-U. erfährt, gestern abend die „Deutsche Allg. Ztg.“ auf die Dauer von acht Tagen verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund des Artikels „Keine Illusionen — unannehmbar und undenkbar“ in der gestrigen Morgen- bzw. Abendausgabe. Die beiden Artikel beschäftigten sich hauptsächlich mit der vorgefertigten Entscheidung der Reparationskommission.

Köln, 3. Sept. Durch eine Verfügung der interalliierten Rheinlandkommission vom 1. Sept. ist das Erscheinen der „Kölnischen Zeitung“ vom 7. bis einschließlich 10. September verboten worden.

Düsseldorf, 3. Sept. Im Zusammenhang mit der Erschießung zweier belgischer Soldaten in Oberkassel hat der belgische Kommandant in Oberkassel scharfe Maßnahmen angeordnet. Der zukünftige Beigeordnete der Stadt Düsseldorf für den Bezirk Oberkassel, Abg. Oberkirchen, wurde bereits verhaftet, weil er bis zu einer von den Befehlshabern festgesetzten Frist nicht die Täter des Mordes verhaften konnte. Auch der Sekretär des Beigeordneten wurde in Haft genommen.

Wie aus Brüssel berichtet wird, hat der belgische Minister des Innern, Jaspar, vorgestern morgen dem deutschen Botschafter in Brüssel einen offiziellen Protest der belgischen Regierung überreicht, in welchem diese Entschuldigung und Reparationen verlangt. Der deutsche Botschafter hat sein Bedauern ausgedrückt. Darauf ist von dem belgischen Kriegsminister an die Führer der Besatzungsgruppen eine Instruktion abgegangen, nach welcher Zivil- und politische Persönlichkeiten verhaftet werden

sollen, wenn bis zum Abend die Schuldigen noch nicht entdeckt und verhaftet sein sollten.

München, 2. Sept. Der Spiegel des Generals von Meh, Pasquier, der sich bekanntlich unter Benutzung falscher Papiere im Ratholifentag einschmuggelte, um zugunsten des Generals de Meh zu schneiteln, wurde heute vom Landgericht München zu 5 Tagen Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet.

### Selbstmord eines Zeitungsverlegers.

Der Verleger des „Arnstädter Nachrichtenblattes“, Paul Bretscher, ist infolge der Not der Presse freiwillig aus dem Leben geschieden. Das „Arnstädter Nachrichtenblatt“ ist eine der ältesten deutschen Zeitungen; es erscheint seit etwa 170 Jahren.

### Der Reichskanzler über den Ausgleich mit Bayern.

Berlin, 3. Sept. Im Ueberwachungsamt des Reichstags erklärte nach längeren Ausführungen des Abgeordneten Dr. Becherle

Reichskanzler Dr. Wirth, daß es sich bei den Ausdrücken der Reichsregierung mit der bayerischen Regierung selbstverständlich nicht darum handeln konnte, erst eine Anerkennung des Befehes durch die bayerische Regierung zu erzielen. Nachdem nun ein gewisser Frieden erreicht sei, richtete der Reichskanzler an die Bayerische Volkspartei die dringende Bitte, auf die ihr nahestehende Presse mächtig einzuwirken. Der Reichskanzler zitierte Stellen aus dem „Bayerischen Kurier“, worin dem Minister Rathenau und dem Reichskanzler vorgeworfen werde, daß sie die Volksherrschaft Deutschlands im Auftrag von Moskau erstrebten und lediglich aus diesem Grunde eine Entwaflnung der Konterrevolution im Sinne gehabt hätten. Er zitierte weiter Einwürfe eines anderen Organs der Bayerischen Volkspartei gegen den Reichspräsidenten Ebert und den Minister Rathenau. Der Reichskanzler wies auf den Ernst der gegenwärtigen außenpolitischen Situation hin, die wahrscheinlich auf lange Jahre hinaus entscheidend für die deutsche Nation sein werde. Nur ein völlig einigtes deutsches Volk könne solch schwere Lagen überstehen. Der Reichskanzler werde das, was er mit Bayern vereinbart habe, loyal durchführen. Den Ausführungen des Abg. Dr. Rosenfeld gegenüber erklärte der Reichskanzler, daß weitere Schritte zum deutschen Einheitsstaat in dem Sinne, daß jetzt Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen werden, keinesfalls gesehen könnten. Die Lebensnotwendigkeiten des Reiches seien jetzt in erster Reihe vom politischen Standpunkt aus zu betrachten, und da genüge vollauf das in der Weimarer Verfassung Erreichte.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch betonte, daß in den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung bei aller Schonamkeit, die man den bayerischen Wünschen zuteil werden lassen wollte, dennoch in zwei Punkten sich nicht habe abfinden lassen. Erstens hätte es die Reichsregierung abgelehnt, daß die Schranken der Schutzgesetze in irgend einer Weise durchbrochen werden, und zweitens sei jeder Reservatpolitik energischer Widerstand geleistet worden. Der Minister begründete in bis ins einzelne gehenden juristischen Ausführungen diese Ansicht.

Reichsminister des Innern Dr. Köster führte aus: „Wir haben nicht mehr über die Anerkennung, sondern über die Ausführung der Schutzgesetze verhandelt. Es galt, ein übergroßes Mißtrauen Bayerns in die Ansichten der Reichsregierung und die Zwecke der Gesetze zu beseitigen. Das haben wir hoffentlich erreicht. Die Reichsregierung ist nicht abgewichen von der Bindung, die ihr die Beschlüsse des Reichstags auferlegt haben.“

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.) polemisierte scharf gegen den Abg. Becherle und stellte fest, daß seine Partei durchaus unbestriedigt sei über die Tatsache der Verhandlungen mit der bayerischen Regierung, wie über die Art und das Ergebnis dieser Verhandlungen. Die Reichsregierung, insbesondere die sozialdemokra-

tischen Minister, würden in normalen Zeiten, wenn Deutschland nicht unter so hartem Druck und mitten in Gefahren stände, niemals daran gedacht haben, derartige Verhandlungen zu führen. „Wir bedauern diese Verhandlungen, wir bedauern ihr Ergebnis, aber wir begreifen vollständig die große staatsmännische Leistung der Reichsregierung und wir fügen uns in den gegebenen Zustand, doch wollen wir nicht vermissen, daß Bayern in der Art, wie es jetzt regiert wird, eine ständige Gefahr für Deutschland ist, und daß die größte Aufmerksamkeit ihm zu schenken ist.“

Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich die Abgeordneten Unterleitner (U.S.P.), Hergt (D.natl.), Spahn (Bentr.), Dr. Kahl (D.Bp.), Dr. Rosenfeld (U.S.P.) beteiligten, bemerkte Abg. Erke (Lenz (Dem.)), daß der ganze Konflikt hätte vermieden werden können, wenn man bei der seinerzeitigen Durchberatung der Schutzgesetze im Reichstag auf seinen Parteifreund Hamm gehört hätte. Damals hätten sich die Demokraten die größte Mühe gegeben, auf die bayerische Eigenart Rücksicht zu nehmen. Im übrigen sei die in der bayerischen Presse immer wieder herbeigehobene angebliche Erregung der bayerischen Bevölkerung über die Schutzgesetze in weiten Kreisen Bayerns gar nicht vorhanden. Diese Erregung werde in bestimmten Kreisen, die bestimmte politische Ziele verfolgten, lediglich künstlich erzeugt.

Damit war die Aussprache erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Befoldungsangelegenheiten.

### Die Ausländerlage in den deutschen Städten.

In Goslar hat sich dieser Tage ein Fall zugetragen, der in ganz Deutschland bekannt zu werden verdient, weil er bezeichnend ist für die Art, mit der die Ausländer in Deutschland auftraten. Vor einigen Tagen traf eine Schar Holländer auf dem Marktplatz mit einem andern Trupp holländischer „Ausflügler“ zusammen. Man erkennt die Landsleute, spricht sich an, freut sich der neuen Bekanntschaften und tauscht seine Ansichten aus über Deutschland und dessen so „vorteilhafte“ Verhältnisse. Nach einer kleinen Weile, als die Stimmung sich zum Höhepunkt erreicht hat, hält einer der Holländer eine Ansprache an seine Landsleute und Fremdenangehörigen. Er gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es sich in Deutschland für die Ausländer so gut leben lasse, Kleidung und Schuhe kosten fast nichts, Essen und Trinken noch viel weniger, kurz, es sei ein Leben, wie der liebe Gott in Frankreich es sich früher nicht schöner machen können, und alles dies verdanke man dem Dollar, von dem hoffentlich zu erwarten sei, daß er noch viel höher steige. Freudige Zustimmung allerseits. Aber der holländische Redner ist noch nicht zu Ende. Er bringt um seinen bejubelten Ausführungen die Krone aufzusetzen, ein Hoch aus. Aber nicht etwa auf Holland, auch nicht auf Deutschland, er bringt ein Hoch aus auf den — Dollar! Dann wird er von seinen begeistertsten Freunden und Freundinnen in Empfang genommen, und im Triumph geht es in das nächste Kaffeehaus.

Wir verzichten auf einen Kommentar hierzu. Den mache sich jeder Leser am besten selbst. Aber eines muß — angesichts dieser brutalen Verhöhnung deutscher Volk — mit allem Nachdruck gefordert werden: Man sorge dafür, daß dieser Ausländerplage in deutschen Landen ein Ende werde! So oder so! Man sage nicht, man sei machtlos. Es gibt Mittel genug! Wenn eins nicht hilft, hilft eben das andere. In Tirol ist man jetzt zur Selbsthilfe geschritten, man wirft die Franzosen falltüchtig hinaus. Das ist hier vielleicht noch nicht nötig. Das Staatstheater in Berlin hat einen hoffnungsvollen Weg gezeigt. Es rechnet die Eintrittspreise nach dem täglichen Dollarkurs um. Der Deutsche aber, der sich durch Personalausweis mit Lichtbild legitimieren kann, zahlt für sein Billett nicht mehr als üblich. So sollte es allenthalben gemacht werden.

Es lebe der Dollar! hat der Holländer ausgerufen, und seine Landsleute stimmten ihm bei. Nun gut, so lasse man jeden Ausländer in seiner Währung bezahlen. Der Geschäftsmann, der sich davor scheut, begeht Raub am allgemeinen deutschen Gut, hilft die Not der deutschen Kinder ins Grenzenlose treiben!

## Auf Helleivörde.

Roman von Fritz Ganger.

581 (Nachdruck verboten.)

Als der Brief aus ihren Händen war, fühlte sie sich ruhiger werdend. Eine stille Heiterkeit, wie sie sie seit langem nicht empfunden hatte, lag verklärend über ihrem Wesen. Sie wußte nicht, daß der mit der Heimat verknüpfte Kontakt den Strom wunderlicher Gefühle in ihrer Seele erzeugte und ihr ein warmes Brennen ins Blut gab. Es liefen wunderliche Fäden aus Sybille von Brandis Herzen nach Helleivörde.

### 11. Kapitel.

Tante Malve war in ihrer herzhaften Art nicht fürs Erschrecken. Sie vertrug an schlimmen Dingen, die sich mit Überraschungswütiger Gier über das Dasein mancher Menschen zu stürzen belieben, einen tüchtigen Satz voll, ohne sich nicht fassen zu können. Das hatten die Eberts so an sich als inorrige Wesensart guter Niederachsen, stark zu bleiben, wenn die Schicksalsfahne auf dem Lebensstrom mal so unerwartet in die Sturmede sprang. Aber als die Malve von Eberts den Brief Sybille empfing und gleich an der Aufschrift sah, wer sein Absender sei, da war es ihr doch so, als wenn ein heißes Erschrecken durch alle ihre Glieder befe. Sie sie zu lesen vermochte, mußte sie Platz nehmen, so zitterten ihre Knie.

Dann fand sie die Brille nicht. Und es dauerte eine ganze Weile, bis sie glücklich so weit war, daß sie mit der Rekläre beginnen konnte. Was ganz gut war. Denn sie hatte sich mittlerweile nun so weit beruhigt, daß es vor ihren Augen nicht mehr flirrend auf- und abtanzte und sie den Brief wirklich lesen konnte. Freilich der Bogen bebte infolge des Zitterns in ihren Händen noch ziemlich stark und beeinträchtigte sie im stehenden Lesen. Aber sie brauchte wenigstens nicht innezuhalten und brachte die vier engbeschriebenen Seiten glücklich zu Ende.

Und dann... Ja, Tante Malve wußte eigentlich

selbst nicht, was dann war. Das Briefblatt lag längst in ihrem Schoße. Und über ihm ruhten ihre ineinandergeklammerten Hände. Betete sie nicht auch? Es schien so. Denn ihre Lippen bewegten sich und formten ein über das andere Mal ein inniges „Gott sei Dank!“ Sie hatte das Gefühl, das einer Mutter eigen sein muß, die eine verloren geglaubte Tochter wiederfindet. Was brauchte sie vorläufig weiter zu empfinden! Es war so glücklich, so unsagbar schön, das immer wieder denken zu können. Und Tante Malve kostete dies Glücksgefühl in nachhaltigster Weise aus.

Lange, lange später kam ihr erst der Gedanke an Joachim. Es war gut, daß er heute in Gesellschaft abwesend war. Da konnte man in Ruhe überlegen, was man ihm gegenüber zu tun hatte. Wie schrieb doch Sybille? Sie nahm den Brief wieder zur Hand und suchte nach der betreffenden Stelle. So, hier: „Ob Du Joachim von meinem Briefe Mitteilung machen willst, steht in Deinem Ermessen, liebe Tante Malve. Ich persönlich habe den Wunsch, daß Joachim vorläufig nichts davon erfährt. Vielleicht wünsche ich damit etwas, was nicht richtig ist. Aber ich habe das Gefühl, er könnte mich mit meinem Briefe falsch verstehen und glauben, ich hätte ihm geschrieben, um mir die Rückkehr zu ermöglichen. Ich weiß sehr wohl, daß das nie angehen wird. Ich darf nie wieder heim.“

Tante Malve traute die Stirn. „Dummes Mädel!“ dachte sie. „Das laß nur meine Sorge sein, mit dem Heimkommen dürfen! Und wenn ich vor ihm auf den Knien herumrutschen müßte, eine ganze Stunde lang, und wenn ich ihn hineinschicken sollte, ich tu's.“

Und er? Ach, er hatte doch kein steinern Herz in der Brust! Und wenn sie ihm diesen Brief geben würde, so konnte es gar nicht anders sein, daß er sofort selbst nach Berlin reiste und Sybille heimholte.

Dennoch zögerte sie, ihm bei seiner Rückkehr am Abend von dem Briefe Mitteilung zu machen. Er sah ihre Unruhe und ahnte, daß sie etwas vor ihm verheimlichte. Aber als er sie nach dem Grunde ihres eigentümlichen Wesens fragte, meinte sie, daß er sich wohl täusche.

Es sei gar nichts. Darauf ärgerte sie sich über ihr Zaudern, schalt sich höchst feige, unentschlossen und unglaublich herzlos und hatte eine schlaflöse Nacht. Lange vor Tagesanbruch stand sie auf und wartete in Unruhe auf das Erscheinen Joachims.

Endlich hörte sie, daß er in seinem Schlafzimmer die Jalousien hochzog. In jagender Hast ging sie das, was sie ihm sagen wollte, noch einmal durch. Nun ja, sie wußte es alles bis auf den letzten Punkt genau.

Aber als sie ihm dann gegenüberstand, brachte sie vor Aufregung kein Wort heraus. Er mußte erst fragen, was sie zu ihm führe. Er sehe es an ihrem Gesicht, daß es etwas Wichtiges sei. Und er habe sich gestern abend wohl doch nicht getäuscht.

Tante Malve schluckte heftig — es war unglaublich dumm von ihr, sich so von der Angst knebeln zu lassen, daß sie kein Wort zu reden vermochte — und schüttelte den Kopf.

Sie sah trampfhaft durchs Fenster. Hinter dem Scheiben lachte der glückhafte Frühjohannenglanz des Märzorgens und schien ihr ein böhnisches Aufblitzen zu zeigen, daß sie eine so wunderliche alte Tante sei, die sich nicht zu reden traute.

Recht hatte der heitere Tag schon. Sie warf dem Kopf herum und sagte nun plötzlich sehr entschlossen und hastig sprechend: „Joachim, es ist eine Dummbel von mir, vor Dir zu stehen wie ein furchtsamer Badfisch, der in der ersten Langjunde... Und so weiter. Ich will keine Redensarten machen. Also kurz und bündig: Sybille hat an mich geschrieben und mir...“

Joachim trat einen erregten Schritt vor und bebte, wie im Zorn sprechend, heraus: „Wie?... Sybille hat...“ Er verrierte sich und trat heftig mit dem Fuße auf. „An Dich geschrieben... So. Und weiter: Sie möchte wohl...“

Tante Malve unterbrach: „Daß mich, bitte, zu Ende sprechen! Du sollst nicht eine Ungerechtigkeits gegen sie aussprechen... Nein, bitte, Joachim, höre zu!“

Er freuzte die Arme wie in eigener Abwehr über die Brust und sagte: „Ich höre!“ (Fortsetzung folgt.)

Ausland.

Paris, 3. Sept. Die Minister und Staatssekretäre sind am Freitag zu einem Ministerrat unter dem Vorsitz Millerands zusammengetreten. Poicare hat ihnen den Beschluß der Wiedergutmachungskommission in der Moratoriumsfrage unterbreitet. Der Ministerrat hat folgenden Beschluß gefaßt: Da die Wiedergutmachungskommission das von Deutschland verlangte Moratorium nicht gewährt hat, ist der Ministerrat der Ansicht, daß er vorläufig von dieser Entscheidung nur Notiz zu nehmen habe. Da über die Zahlungen, auf welche Belgien auf Grund seines Prioritätsrechtes den ersten Anspruch hat, dies nicht nur für die vorgeschlagene Zahlungsart angenommen, sondern diese Zahlungsart selbst der Kommission vorgeschlagen hat, ist der Ministerrat der Ansicht, daß Frankreich seine Handlungsfreiheit sich reservieren müsse, bis die von Belgien vorgeschlagene Zahlungsart in Kraft getreten sei. Getreu dem Gedanken, den der Ministerpräsident bereits in London ausgeführt habe, hat der Ministerrat bereits beschloffen, inwiefern als möglich darauf Wert zu legen, daß so schnell als möglich eine Konferenz zusammenzutreten möge, an welcher alle Alliierten ohne Ausnahme teilnehmen sollten und welche im ganzen die Frage der alliierten Schulden und diejenige der Reparationen zu prüfen hätte. Der Ministerrat hat dann weiter noch am Schluß seiner Sitzung den Text der Note erliebt, der als Antwort auf die Note von Lord Balfour in der Frage der interalliierten Schulden an die belgische Regierung abgehen soll.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 3. Sept. (Tödlicher Unglücksfall.) Freitag morgen kurz nach 8 Uhr stürzte auf dem Bauplatz des ehemaligen Kaiser Museums durch unvorsichtigen Abbruch ein etwa 1,30 Meter hoher Grundpfeiler zusammen. Ein 18 Jahre alter Bauarbeiter aus Eggenstein wurde hierbei verschüttet und getötet. Ein verheirateter Bauarbeiter aus Eggenstein kam mit leichten Verletzungen an Armen und Beinen davon und wurde mittels Auto nach Anlegung eines Verbandes in seine Wohnung gebracht.

Heidelberg, 2. Sept. (Großfeuer.) Gestern früh gegen 4 Uhr brach in der Goldschmiederei der Heidelberger Federhahnenfabrik von Koch, Weber und Co. ein Großfeuer aus. Der Wächter der Fabrik entdeckte das Feuer und alarmierte sofort die Feuerwehr. Innerhalb weniger Minuten traf die Motorspritze auf der Brandstätte ein. Sie wurde von den beiden Wehren von Neuenheim und Handschuhheim wirksam unterstützt. In kurzer Zeit gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Das Hauptgebäude der Fabrik blieb vollständig unversehrt, jedoch eine Betriebsleitung nicht eintreten wird. Gegen 7 Uhr konnten die Feuerwehren wieder abrücken. Das Gebäude ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Der Gebäude- und Materialschaden wird auf einige Millionen geschätzt. Das Feuer dürfte, wie vermutet wird, auf Kurzschluss zurückzuführen sein.

Heidelberg, 3. Sept. (Selbstmord.) Freitag früh um 5 Uhr beging ein 52jähriger Dienstmacht aus der Rheinpfalz in einem Abort eines Gebäudes der Weststadt Selbstmord durch Erhängen wegen eines unheilbaren Leidens.

Heidelberg, 1. Sept. Nicht weniger als 170 Personen wurden hier zur Anzeige gebracht, weil sie ihre Dünne nicht verriekert hätten.

Schwetzingen, 3. Sept. (Diebstahl.) In der Nacht auf Freitag wurde von jezt unbekanntem Täter beim Vogelhoffen am Apollotempel eine schwere bleierne Urne gestohlen.

Waldkirch, 3. Sept. (Erschossen.) Aus Liebeskummer erschoss sich der erst 21 Jahre alte Ludwig Tallon aus Steinweiler. Nachdem seine Angebetete seinen wiederholten Antrag auf Anknüpfung eines Liebesverhältnisses abgelehnt hatte, bedrohte er das Mädchen mit Totschüssen, worauf es die Flucht ergriff, während sich Tallon durch einen Kopfschuß auf der Stelle tötete.

Willingen, 3. Sept. (Vertrauensselig.) Eine Landwirtschafterin aus der Umgebung von Geroldsheim hatte sich zwecks Heilung ihrer Mutter mit einer Zigeunerin in Verbindung gesetzt und übergab dieser als Vorschußhonorar für die Behandlung nicht weniger als 14 000 Mark in bar und 3 Tugend Stücke aus ihrer Wäscheausstattung. Die Zigeunerin verschwand selbstverständlich nach Erhalt ihrer Sachen aus Zimmerwehertzen.

Der Mangel an Bauhandwerkern.

Von Emil Schmitt, Abt. Vorsteher der Handwerkskammer Karlsruhe. Im Hinblick auf die große Wohnungsnot im ganzen Reich mußte die Bauwirtschaft in höchster Weise leben. Die Gründe dafür, daß dies nicht der Fall ist, sind — in Abänderung auf unsere derzeitige Wirtschaft und besonders der finanziellen Erschwerung — zur Genüge bekannt. Trotzdem aber die Bauwirtschaft nicht allzulegt, ist, macht sich der Mangel an gelerntem Bauhandwerkern immer mehr fühlbar. Eine Reihe von Gründen wird für den Rückgang der Zahl der Bauhandwerker ins Feld geführt. Die Hauptursache ist wohl die seit Jahren und besonders vor dem Kriege harte Abwanderung der Bauarbeiter in lohnendere und angenehmere Beschäftigungsstellen. Besonders die Industrie- und Staatsbetriebe (Brieten, Post, Eisenbahn usw.) haben auf die Bauhandwerker eine starke Anziehungskraft ausgeübt. In neuerer Zeit wandern auch viele über die holländische Grenze und in das Saargebiet, wo sie Valutalöhne erhalten. Ein wirksames Mittel zur Behebung des Mangels an Bauhandwerkern ist zweifellos die Zurückführung von gelerntem Bauhandwerkern aus Industriebetrieben und ähnlichen Stellen zu ihrem alten Beruf. In dem Reichsarbeitsminister vorgeschlagenen verschiedenen Wege zur Behebung des Mangels haben bislang keinen greifbaren Erfolg erzielt. Und die in anderen Berufen beschäftigten gelerntem Bauhandwerker mangeln von der Aufnahme ihrer alten Tätigkeit auf dem Wege der Freiwilligkeit sehr wenig Gebrauch. Die Umschulung von Bauhilfsarbeitern zu Bauhandwerkern macht wohl Fortschritte, doch wird sie den enormen Mangel nur zu einem Teil beheben können. Der aussichtsreichste Weg für die Behebung des Mangels an Bauhandwerkern im Bauhandwerk wird somit die Heranbildung des Nachwuchses durch das ordentliche Lehrverhältnis bleiben; der Erfolg wird, wenn durch ausgedehnte Betriebsberatung, Befähigung der verschiedenen Geminde und

Bereitstellung von Mitteln zu Zuschüssen ein größerer Ansporn gegeben wird, immerhin erst in mehreren Jahren zur Geltung kommen und die Lücken ausfüllen.

Bei dieser Gelegenheit kann nicht veräußert werden, in aller Offenheit auf einige Gründe hinzuweisen, die den Zugang zum Bauhandwerk erschweren, damit durch Abhilfe seitens maßgebender Behörden eine Besserung erreicht werden kann. Ein wesentliches Moment als Anreiz zum Ergreifen des Bauhandwerks wird in der Ansicht auf möglichst dauernde Beschäftigung liegen. Dies läßt sich durch weit vorausschauende Dispositionen anseits der bauenden Behörden erreichen, so daß ein Teil der Bautätigkeit in die Frühjahrs- und Herbstmonate verlegt und dadurch eine bessere Arbeitsverteilung ermöglicht wird. Frost und sonstige Witterungsunbilden werden naturgemäß gewisse — aber dann immerhin weit geringere — Pausen als bisher bedingen und somit dem Bauhandwerk nicht so sehr den Stempel eines Saisonberufes aufdrücken. Dieser Nachteil bezogen dieser Verlust an Arbeitsgelegenheit läßt sich aber ausgleichen durch Verlängerung der Arbeitszeit für das Bauhandwerk während der Sommermonate, ähnlich wie es bei der Landwirtschaft der Fall ist. Einjährige Arbeiter, nicht zuletzt Arbeiterführer, sind in neuerer Zeit für eine wenigstens zeitweise Aufhebung des Achtstundentages im Bauhandwerk eingetreten, um durch dieses gewiß billige Verlangen dem Bauhandwerker im Sommer Gelegenheit zu geben, die geringe Arbeitszeit des Winters auszugleichen. Nach einem Bericht hat die deutschösterreichische Gewerbeaufsicht schon im Jahre 1920 angedeutet, daß in kleingewerblichen Betrieben 9 bis 10 Stunden und länger unter dem Titel „Achtstunden“ gearbeitet werden darf. Angesichts der durch den Friedensvertrag dem deutschen Volke ungeheurer erschwerten Lebensnotwendigkeiten und der aus diesen Verhältnissen entstehenden schwersten Schädigung der Wirtschaft dürfte diese Mehrarbeit kein unbilliges Verlangen, sondern vielmehr eine Notwendigkeit im Hinblick auf die Erreichung eines höheren Verdienstes für die erworbene Lebenserhaltung des Einzelnen sein.

Für den Nachwuchs wird die im Bauhandwerk besonders vielseitige Ausbildung nicht nur durch Schnee, Frost und Regenlage verfrüht, sondern auch durch die thematische Durchführung des Achtstundentages gehemmt. Es gilt, für die Jugend gewisse Hemmnisse zu beseitigen und ihr einen größeren Anreiz zur Ergreifung des Berufes eines Bauhandwerkers zu geben. Auf dem Gebiete der Tarifpolitik wird eine Vergroßerung der Verdiensthöhe zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter binanzarbeiten sein. Diese Spanne ist z. B. liberaler derart gering, daß mancher Vater, Mutter und der Sohn selbst sich nicht entschließen kann, eine dreijährige Lehrzeit durchzumachen mit der Aussicht, nach ihrer Beendigung keinen nennenswerten höheren Lohn zu erhalten als der Bauhilfsarbeiter. Während eine Reihe Jahre vor dem Kriege die Lohnunterschiede bis zu 30 Proz. betrug, hat sie sich bis zur gegenwärtigen Zeit um mehr als 20 Proz. verringert. Nach dem Stand von heute bewegt sich der Unterschied zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter des Bauhandwerkes im gesamten deutschen Reich durchschnittlich unter 8 Proz. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse und oftmals aus mangelnder volkswirtschaftlichen Einsicht manches unparteiischen Sachverständigen ist die Lohnspanne im Bauhandwerk rapid bis auf 3 Proz. mitunter sogar bis auf 1 Proz. herabgesunken.

Daß das Bauhandwerk und verschiedene andere Handwerkszweige nicht mehr begehrt werden, d. h. in Mitleidenschaft gezogen sind, daran trägt nicht nur weitgehend auch der falsche Ehrgeiz vieler Eltern Schuld, die ihre Söhne mit aller Gewalt in das Studium hineintreiben, mögen diese hierfür begabt sein oder nicht. Aus sozialen und kulturellen Gründen ist es daher notwendig, daß die Allgemeinheit über das Bauhandwerk anders denken lernt. Erzieherische Arbeit, unterstützt durch äußere Maßnahmen, wie z. B. eine gerechte Differenzierung der Löhne von gelernten und ungelerten, von qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern könnte uns dem Ziel näher bringen und dem Bauhandwerk die ihm zukommende Bedeutung verschaffen. Neben den genannten Erziehungsmitteln, wodurch das Bauhandwerk nicht begehrt wird, muß schließlich noch erwähnt werden, daß die vielerorts zutage tretenden Bestrebungen zahlreicher staatlicher und kommunaler Behörden (Bauverwaltungen), das selbständige Bauhandwerk mehr und mehr aufzufassen und die Arbeiter (Bauten) in eigener Regie auszuführen, eine empfindliche Schädigung des Bauhandwerkes bedeutet, weil dessen vorhandene Betriebsmittel dadurch nicht mehr voll ausgenutzt werden können. Die Folge davon ist, daß manche Betriebe entgegen allen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten ihren Umfang immer mehr einschränken müssen. Vor allem kommt diese Tatsache dem Ausbruch, daß es an der Möglichkeit zur Einstellung eines genügend zahlreichen Nachwuchses für die Zukunft fehlen wird.

Bei dem im Reich vorhandenen Mangel an gelerntem Bauhandwerkern erscheint es notwendig, auf alle diese in ihren Folgeerscheinungen bedeutsamen Momente hinzuweisen. Es wäre in der Tat ein Verdienst, wenn alle diejenigen, die es angeht, sich etwasmal des Näheren mit dieser Frage beschäftigen wollten.

Aus Stadt und Bezirk.

\* Karlsruhe, 4. Sept. Das Frühlingsliche Süddeutsche Männer-Quartett wird, wie man uns mitteilt, am 23. September in Bremen mit dem Dampfer „Hannover“ zur Ausföhrung seiner Konzertreise nach New-York abfahren. Wie verlautet, gibt das Quartett 2 Tage vor seiner Abfahrt in der Stadt Karlsruhe noch ein Abschiedskonzert.

\*\* Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 4. bis 10. September unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 5000 Mark für ein Feingoldmarkstück, 5000 Mark für ein Feingoldmarkstück. Für die ausländischen Goldminen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichsbankermünzen durch die Reichsbank und Post findet unverändert zum 12fachen Preise des Nennwertes statt.

— Unser Garten im September. Die heißste Witterung der letzten Wochen war für alle Kohlarten und die meisten Gemüse außerordentlich günstig, so daß diese zufriedenstellende Erträge lieferten. Mit Eintreten früherer Nächte und feuchtkalter Nebel, wie sie der kommende Monat bringen wird, ist die Zeit für Bohnen, Gurken, Kürbisse und Tomaten um. Letztere werden zum Ausreifen der Sonne ausgefetzt und Bohnen, Gurken usw. nach dem Ausreifen im Schatten zur Trocknung der Samen aufzuhängen. Endvieles wird zum Gelbwerden gebunden. Die Kohlarten und die Selleriebete sind noch reichlich zu düngen, damit die Entwidlung beschleunigt wird. Ausgepflanzt werden Knoblauch, Schalotten, Kartoffelzwiebeln und Winterfalsat. Feldsalat und Spinat können nach Freierwerden der Beete und gründlicher Herrichtung ausgefetzt werden. Alle anderen Ausfäaten sind zwecklos, besonders solche zur Anzucht von Setzlingen zum Frühbau von Kohlraben sind zu unterlassen, wenn nicht geeignete Ueberwinterungsräume zur Verfügung stehen. Mit der Ernte der Gemüse zum Einwinteren ist noch Zeit, solange nicht empfindliche Kälte droht. Vor allem müssen die Kartoffeln und Rüben, sowie Wurzelgemüse im Boden austreiben,

wenn sie sich dann am besten halten. Auch mit der Ernte des Winterobstes ist noch, solange das Wetter es erlaubt, zu warten, denn die noch nicht baumreifen Früchte schrumpfen beim Lagern und werden dadurch entwertet. Von den im Garten verwendeten Topfgewächsen sind die zur Einwinterung bestimmten allmählich unter Dach zu bringen, ebenso alle frostempfindlichen Kübelgewächse; zum mindesten aber ist genügend Deckmaterial bereit zu stellen, um beim Eintritt von Frost sie schützen zu können. Die abgeräumten Blumenbeete können noch mit Stiermüllertsch, Bergfameinicht und Silenen bepflanzt werden.

§ Zahlen zur Wohnungsnot. Die Zahl der fehlenden Wohnungen beträgt in Deutschland jetzt 1,5 Millionen. Da sie sich im Oktober 1920 auf rund 800 000 belief, hat sie sich in knapp zwei Jahren verdoppelt. Deutschland hat einen jährlichen Bedarf an Wohnungen von 160 000. Tatsächlich sind in den letzten vier Jahren insgesamt nur 180 000 neue Wohnungen geschaffen worden, während das im Herbst des vorigen Jahres im Reichstag angenommene Wohnungsprogramm die Einrichtung von jährlich 200 000 Wohnungen vorsah.

§§ Das Badische Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 64 vom 31. August 1922 enthält eine Verordnung des Ministeriums des Innern über die Arzneylage.

+ Eine Wette an die Pilzsucher. Der Pilz sucht beachte zweierlei: erstens lasse man giftige Pilze ruhig stehen, auch solche, über deren Genußwert man im Zweifel ist, denn alle Pilze sind vorreffliche Luftreiniger in Wald und Flur und daher durchaus nicht wertlos. Sodann reise man die Pilze nicht aus dem Boden heraus, sondern forsche für Erhaltung des Pilzbestandes dadurch, daß man die Pilze kurz über dem Erdbreich mit einem Messer abschnidet und die abgeschnittenen Stiele mit Erde, Laub oder Moos abdeckt. Dasselbe sollte auch mit alten, schon im Faulen begriffenen Schwämmen geschehen. Wer es irgend kann, nehme das Säubern der Pilze schon am Sammelort vor, denn die unter dem Hutfleisch stehende Kamelle, Nöhren usw. können viel zur Verbreitung der Pilze beitragen, wenn sie auf dem Boden umhergestreut und mit Erde bedeckt werden. Letzteres ist sehr wichtig, um die schädlichen Pilzsporen abzuhalten. Diese legen ihre Eier mit Vorliebe in die Pilzstämme; aus den Eiern entwickeln sich schnell Maden, welche die Stöcke zerstören und auch gesunde Pilze leicht angreifen.

o Etwas über den Süßstoff. Man schreibt uns: Die Kenntnisse über den Süßstoff sind noch sehr bescheiden. Meist wird ihm mit großem Vorurteil begegnet. Er hat einen Nachgeschmack und ist außerdem „schädlich“, so heißt es oft. Beide Ansichten sind unrichtig. Süßstoff schmeckt völlig rein und hat keinen Nachgeschmack. Er ist nur stark konzentriert und muß deswegen richtig verwendet werden. Das trifft aber auch bei allen anderen Gewürzen wie Salz, Pfeffer, Essig usw. zu. Das Zuviel hiervon schadet immer dem Geschmack. Geheimrat Professor Dr. Paul, Direktor der Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München schreibt auf Grund eingehender Versuche, daß bei sachgemäßer Verwendung niemand imstande sei, festzustellen, ob Speisen mit Süßstoff oder Zucker gefügt seien. Die Schädlichkeit des Süßstoffs aber ist eine Fabel. Das Reichsgesundheitsamt hat wiederholt, zuletzt 1920, seine Unschädlichkeit bezeugt. Autoritäten wie Geheimrat Professor Dr. Judenack, Leiter der Nahrungsmittel-Polizeibehörden in Preußen, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Neumann, Direktor des hygienischen Instituts in Bonn und Geh. Ober-Medizinalrat Professor Dr. Abel, Direktor des hygienischen Instituts in Jena, Prof. Dr. Bidel, Leiter des pathologischen Instituts der Universität Berlin u. a. m. treten nach eingehenden Versuchen für seine Unschädlichkeit ein. Für die Unschädlichkeit spricht auch die Tatsache, daß Süßstoff immer Diabetikern und anderen empfindlichen Stoffwechselkranken, ebenso wie Säuglingen, welche Zucker nicht vertragen, verschrieben wurde. Heute hat nun der Süßstoff besondere Bedeutung erlangt. Inlandszucker ist nicht mehr vorhanden, es müssen also große Beiträge aus Ausland für die Einfuhr von Zucker gezahlt werden, was für unsere Balutanot nicht gerade vorteilhaft ist. Jede Hausfrau hat es aber in der Hand, hier zu helfen. Sie braucht nur zu versuchen, dort wo es sich darum handelt, eine Speise zu süßen, Süßstoff zu verwenden oder doch einen Teil des Zuckers durch Süßstoff zu ersetzen. Sie wird von dem Erfolg überrascht sein, ihn auch bald praktisch am Geldbeutel spüren.

September 1922.

Der Wind geht über Stoppelfelder, — gemunden ist der Ernte Kranz — schon weht es herblich durch die Wälder — und bald verblaßt der Garten Glanz. — Vergänglichheit bestimmt die Lose — und leht der schönsten Zeit ein Ziel — und in der Beltten Wechselspiel — verblaßt des Sommers letzte Hofe. — Wir stehen jezt vor kritischen Tagen, — von Not und Zweifeln bang erfüllt, — wohnt wir gehn, kann keiner sagen, — und trüb erscheint der Zukunft Bild, — verlöshen will der letzte Funken — der Hoffnung, die wir lang genährt, — schwach ist der Trost, den sie gewährt, — ihr Stern ist leider sehr gesunken! — Der Sommer, den wir heut vollenden — hat nicht gebracht, was wir erhofft, — sehr mäßig waren seine Spenden, — wir sind enttäuscht, wie schon so oft. — Zur Erntezeit sind Feld und Garten — stark heimgeleht von Regenbö'n, — das Wetter war zumeist nicht schön — was soll man da vom Herbst erwarten? — Auch er wird kaum ein Trostbereiter in diesen schweren Wöten sein, — die Leunung schreitet lustig, emsig weiter — und unbezahlbar wird der Wein. — Und schickt der Sommer auch zum Schluß — den Neben noch viel Sonnenglut, — wem kommt der Segen noch zu gut? — Wir sind enthaltam im Genußel — Der Sommer war ein „Außenfeller“, — drum hatten wir mit ihm kein Glück, — uns alle brachte er statt weiter — im Gegenteil noch mehr zurück, — er hat sich keinen Ruhm erworben, — die Hundstagszeit sah' windig aus, — man saate kaum den Hund hinaus, — die Ferienrende war verborben! — Ein Sommer war's, den wir nicht schätzen — doch war er an Konfrenzen reich, — auf die wir unsre Hoffnungen setzten — nach manchem schweren Schicksalsstreich, — Der Sommer schiebt doch eifrig weiter — wird auch im Herbst konfretiert, — noch wird der Dollar hoch notiert, — noch heißt es: „Hoch der Preis!“ Ernst Heiter.

Vermischtes.

Einbruchdiebstahl. In dem Leipziger Warenhaus Theodor Althoff ist nachts ein schwerer Einbruch verübt worden, wobei den Dieben eine Beute im Werte von mehr als vier Millionen Mark, darunter wertvolle Pelze, Silberfachen, Reiseutensilien, in die Hände gefallen sind. Die Diebe sind unerkannt entkommen. Die geschädigte Firma hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 250 000 Mark ausgesetzt.

Ein neues Motorschiff der Hamburg-Amerika-Linie. Das auf der Werft von Blohm und Voß erbaute Motorschiff „Ermland“ ist von der Hamburg-Amerika-Linie übernommen worden und wird wie seine Schwesterschiffe „Rheinland“, „Münsterland“ und „Haveland“ in den Postdienst eingestellt. Zwei Dieselmotoren von 4350 Pferdestärken geben dem Schiff eine Geschwindigkeit von 12 Seemeilen in der Stunde.

**Explosion im Hochofen.** In einer großer industriellen Anlage bei Ranzh explodierte Eisen, das aus den Schlachtfeldern kam und das Arbeiter in einen Hochofen brachten. Drei Arbeiter wurden sofort getötet, fünf schwer verwundet.

**Schließung der New Yorker Kinos.** Wegen des Streiks der Kohlenarbeiter sind in New York 700 Kinos theater geschlossen. Die Schließung der Schulen steht bevor.

**Millionenwerte gefunden.** In Berlin fand auf dem Kurfürstendamm eine Frau einen Koffer mit Schmuckstücken im Gesamtwerte von vielen Millionen. Der Koffer wurde dem Zentralfundamt übergeben.

**Schiffszusammenstoß.** Aus Hamburg wird gemeldet: In der Nähe von Dudenhuden ist der elbwärtsgehende englische Dampfer „Carnorvonshire“ mit dem aufkommenden Dampfer „Curdames“ zusammengefahren, der unterhalb der Wasserlinie so schwer beschädigt wurde, daß er auf Strand gesetzt werden mußte. „Carnorvonshire“, der am Vordersteven einen schweren Schaden erlitt, mußte nach Hamburg zurückkehren. Der ebenfalls aufkommende englische Dampfer „Leirix“

der den beiden zusammengefahrenen Schiffen ausweichen wollte, rannte dabei gegen ein Anlegeponton der Docksüdener Landungsbrücke. Das Ponton wurde zerstört und der Dampfer „Leirix“ am Bug beschädigt. Bei dem Zusammenstoß erlitt außerdem der Segler „Johanne“ Beschädigungen.

**Wegen Wuchers verhaftet.** Der Bankier Harry Bachmann, ein gebürtiger Schweizer, wurde in Wien wegen Wuchers verhaftet. Eine Wiener Maschinenfabrik hatte von Bachmann seinerzeit 16 1/2 Millionen zur Verfügung gestellt erhalten und für dieses Darlehen bereits 50 Millionen Kronen zurückgezahlt. Jetzt verlangte Bachmann unter Hinweis auf eine angebliche Kursdifferenz neuerlich 50 Millionen Kronen.

**Drahtnachrichten.**

**W.B. Opatz, 4. Sept.** Nach den vorläufigen amtlichen Ergebnissen der Volksabstimmung über die Autonomiefrage stimmten den 765.322 wahlberechtigten Personen 513.790 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen und 50.528 für die Autonomie. Die Wahlbeteiligung betrug 73,8%.

**W.B. Wien, 3. Sept.** Der Bundeskanzler ist nach Genf abgereist, um bei der am Mittwoch stattfindenden Sitzung des Völkerverbundes die Sache Österreichs zu vertreten.

**W.B. Bern, 3. Sept.** Zwischen der Schweiz und der deutschen Regierung wurde eine gemeinsame Hilfe vereinbart, um den durch die Währungsveränderungen in Schwierigkeiten geratenen deutschen Lebensversicherungsanstalten die Erfüllung ihrer in der Schweiz abgeschlossenen Verträge zu ermöglichen.

**W.B. Genf, 4. Sept.** Zur Feier der Eröffnung der III. Völkerverbundsversammlung, die heute vormittag 11 Uhr erfolgt, ist die Stadt Genf festlich beflaggt. Als Auftakt fanden gestern Festgottesdienste statt. Bis jetzt haben 39 Staaten ihr Erscheinen zugesagt.

**Mutmaßliches Wetter.**

Bei mäßig kühler Temperatur ist für Dienstag und Mittwoch auch weiterhin zunächst noch trübes, nebligtes Wetter ohne erhebliche Niederschläge zu erwarten.

**Durlach Handelsregister.** Eingetragen am 30. 8. 1922 Chemische Fabrik Winkler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin. In Durlach ist eine Zweigniederlassung errichtet unter der Firma Chemische Fabrik Winkler, Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin. Geschäftsbereich: Herstellung von chemischen Präparaten aller Art. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich bei Unternehmern gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen und auch solche Geschäfte zu schließen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens nur im mittelbarem Zusammenhang stehen. Stammkapital 20.000 Mk. Geschäftsführer Dr. Eugen Rosenberger, Berlin. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Februar 1921 geschlossen, am 20. Mai 1921 und 1. Februar 1922 geändert. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Bevollmächtigten. Solange im Sinne der Gesellschaft oder im Sinne der Zweigniederlassung nur ein Geschäftsführer bestellt ist, ist dieser gleichfalls berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger Amtsgericht.

**Durlach, Genossenschaftsregister.** Eingetragen am 30. August 1922 zum Landwirtschaftlichen Bezugs- und Abgabeverein Weingarten e. G. m. H. Heinrich Kärcher, Landwirt, ist durch Tod aus dem Vorstand ausgeschieden; an seiner Stelle ist der Landwirt Karl Hill in Weingarten in den Vorstand gewählt worden. Amtsgericht.

**Bau- u. Erdarbeiter-Genossenschaft „Arbeitsfroh“ Durlach u. Umg., e. G. m. H.**  
Durch Beschluß der Generalversammlung vom 31. August 1922 wird die Genossenschaft aufgelöst.  
Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert, ihre Forderungen umgehend anzumelden.  
Durlach, den 1. September 1922  
Die Liquidatoren:  
Sermann Rindermann, Kasemann, Durlach, Schillerstraße 26  
Karl Wenz, Bammeister, Söllingen

**Pelz-** Änderungen, Neuanfertigungen u. Reparaturen, sowie billiger Verkauf von Häuten, Schirmen und Pelzwaren. Rin Laden  
G. Kumpf, Karlsruhe, Douglasstr. 8. v.

**Kleider, Stiefel, Möbel,**  
Beiten usw., neu und gebraucht, kaufen Sie am billigsten bei  
Glotzer, Karlsruhe Zähringerstr. 53  
Telephon 3483.

**Neu-Eröffnung in Karlsruhe**  
am Dienstag den 5. September.

**Die Qualität des Fritz-Schuh verbürgt**



die auf der Sohle eingeprägte Schutz-Marke!

**Carl Fritz & Co**  
Verkaufsstellen:  
Mannheim, H 1.8 u. G 2.8  
Karlsruhe, Adlerstrasse 43

Nach langer neurologisch-psychiatrischer Tätigkeit an den Universitätskliniken zu Heidelberg, München u. Hamburg, sowie nach besonderer Ausbildung in allen Zweigen der Psychotherapie (seelische Krankenbehandlung) durch Prof. Homburger (psychiatrische Poliklinik Heidelberg) und Prof. Schultz-Jena (Dr. Lahmanns Sanatorium Weisser Hirsch) habe ich mich in Karlsruhe als  
**Facharzt für Nervenleiden** niedergelassen.  
**Dr. med. Brillmayer**  
Karlsruhe, Fernruf 1955.  
Bunzstr. 14 (Trambahnhaltestelle Kriegs-Hübschstr.).  
Sprechstunde 1/3 bis 1/5 Uhr (ausser Samstag und Sonntag).  
Für Auswärtige nach besond. Vereinbarung.

**Primo junges Kuhfleisch**  
wird vor Dienstag ab ausgehauen, das Pfund zu 64 Mk. bei  
**Hermann Löffel, Metzgerei**  
Lammstraße 38

**Lesegesellschaft**  
Durlach  
Samstag, 9. Sept.  
Musikflug  
nach Weingarten.  
Termin nachmittags 3 Uhr. Einkehrhalle, Tarnberg.  
Der Vorstand.

**Belohnung.**  
Derjenige, der mir den Täter namhaft macht, der mir in der Nacht zum 1. 9. 22. 11 junge Dührer entwendet hat, so daß derselbe der Verhaftung zugeführt werden kann, erhält 1000 Mk. Belohnung.  
J. Seiler, Sophienstr. 511.

**Obst**  
Mirabellen, Zwetschgen, Äpfel, Birnen Selbstholer Vorzugpreis.  
Carl Herrmann, bei Weingarten.

**Suche sofort Geschäftshaus**  
(Wirtschaft oder Laden) günstig gelegen gegen bar an kaufen. Best. Angebote unter Nr. 447 an den Verlag d. Bl.

**1-2 möbl. Zimmer**  
für Herrn in guter Stellung auf 1. Oktober gesucht. Angebote unter Nr. 488 an den Verlag.

**Paßbilder**  
Liefer schnellstens  
Photograph Nummer  
Amerikaner 3.  
Drillisch-Anzüge  
Blau Arbeitsanzüge  
Sommer-Leinenkleid  
Widjacken  
Feldgrüne Hosen  
Wandstickerhosen  
Zwischenhosen und  
Englisch-Leberhosen  
offertiert

**Wahrnehmung!**  
Kaufe fortwährend getragene Herren-Kleider, Schuhe, Bänder, Ferner laufe Möbel, Betten aller Art, Federbetten, Teppiche. Zahle den besten hohen Preise.  
S. Stiebel, Hauptstraße 8.

**Bei Rheumatismus!**  
Gicht, Reissen, ist Dr. Buchs australisches Eucalyptusöl unentbehrlich. Zu haben bei: Paul Vogel, Central-Drogerie

**Bei Kleiderkrank,**  
Küchenkrank und Tisch zu Kauf gesucht. Angebot unter Nr. 490 an den Verlag.

**Stenographie-Schule!**  
Unterricht in Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben u. Rundschrift erteilt gründlich  
**Beatrice Autenrieth, Grötzingerstr. 21**  
staatlich gepr. Lehrerin am Landesamt Dresden.

**Süddeutsche Disconto-Gesellschaft**  
A.-G. Mannheim.  
Eigen-Vermögen 250 Millionen Mark

**Bankkredite**      **Scheckverkehr**  
**Conto-Correntverkehr**  
**Spareinlagen**    **Effektenhandel**  
**Zinsscheineinlösung**  
**Sorten**            **Devisen**  
**Wechseldiscont**  
**Accreditive**      **Depotverwaltung**  
**Vermögensverwaltung**

durch unsere Filiale Durlach.  
Telephon Nr. 30 u. 185.

**Kaufe**  
jedes Quantum Flaschen und Zähler für Rheinweinflaschen K 12 - 6 - 5 -  
Bordeauxflaschen 6 - 5 -  
Sektflaschen 5 -  
S. Stiebel, Hauptstr. 8  
Gegen Barzahlung

**Hans mit Schener und Stallung**  
sofort zu kaufen gesucht. Offerten mit Angabe des Preises unter Nr. 448 an den Verlag.  
Betragener, unterhält

**Ueberzieher**  
für 16 jähr. Jungen zu kaufen gesucht.  
Angebote unter Nr. 491 an den Verlag d. Bl.  
Bewährte Mittel gegen  
**Husten, Heiserkeit und Verschleimung.**  
Zu haben  
Löwen-Apotheke Durlach

**Briefmarken**  
aller Länder, auch die gewöhnlichen deutschen Marken, sowie große u. kleine Sammlungen zu kaufen gesucht.  
Best. Angebote unter Nr. 493 an den Verlag dieses Blattes.

**Ein köstliches Erfrischungs-Getränk**  
bereiten Sie aus den bekannten

**Steeds Monopol-Brauwürfel**  
**Adler-Drogerie Ernst Bauer.**

**Licht. Gipser**  
können sofort bei uns hier oder in Bockhal und Grödingen ein treten. Auf Wunsch guter Art.  
E. u. H. Allmendinger  
Gips- und Stukkaturgeschäft, Karlsruhe.

**Suche ein zuverlässiges Mädchen**  
das selbständig gut kochen und einmachen kann u. etwas Hausarbeit übernimmt. Lohn 800 Mk. Zu erfragen im Verlag

**Wahrnehmung!**  
Kaufe fortwährend getragene Herren-Kleider, Schuhe, Bänder, Ferner laufe Möbel, Betten aller Art, Federbetten, Teppiche. Zahle den besten hohen Preise.  
S. Stiebel, Hauptstraße 8.